

# Akzeptanz auf beiden Seiten ist nötig

Migrationsexperte Prof. Klaus J. Bade: Einwanderer müssen sich an die hiesigen Grundwerte halten

Ehrenmorde, Kopftuchstreit und Zwangsheiraten beherrschen in Deutschland die Schlagzeilen in Sachen Integration. Anschläge wie der von London, der von Einwanderern der zweiten Generation verübt wurde, fachen das Misstrauen an. Aktuelle Probleme haben häufig ihre Wurzel in Versäumnissen der Vergangenheit. Der Historiker Klaus J. Bade hat als Migrationsforscher und Politikberater frühzeitig die Schaffung einer attraktiven Einwandererkultur, aber auch die Einforderung der Akzeptanz unserer Kultur von den Einwanderern gefordert – vergeblich. Die jetzt notwendige nachholende Integrationspolitik werde teuer, so Bade.

► Der Mikrozensus ergab: Hier leben doppelt so viele Menschen mit Migrationshintergrund wie angenommen. Muss die Lebenslänge vom Nicht-Einwanderungsland Deutschland endgültig begraben werden?

**Prof. Klaus J. Bade:** Sie muss begraben werden. Aber das Begräbnis ist bereits eine historische Zeremonie. Wir hören in diesen Jahren auf, Einwanderungsland zu sein und kommen zu ausgeglichenen Wanderungsbilanzen mit Tendenz in Richtung Auswanderungsland. Die Zahl der Zuzüge nimmt stark ab, die der Fortzüge steigt. Im vergangenen Jahr hatten wir nur noch einen Wanderungsgewinn von 20- bis 30 000 Menschen. Aber wir brauchen, um einigermäßen abgefedert durch den demographischen Wandel zu kommen, einen Wanderungsgewinn von 100- bis 150 000 pro Jahr. Sonst wird es sehr schnell sehr schwierig, besonders für die Sozialsysteme.

► Erst Auswanderungsland, dann Einwanderungsland – welche Lehren kann Deutschland aus der Integration der

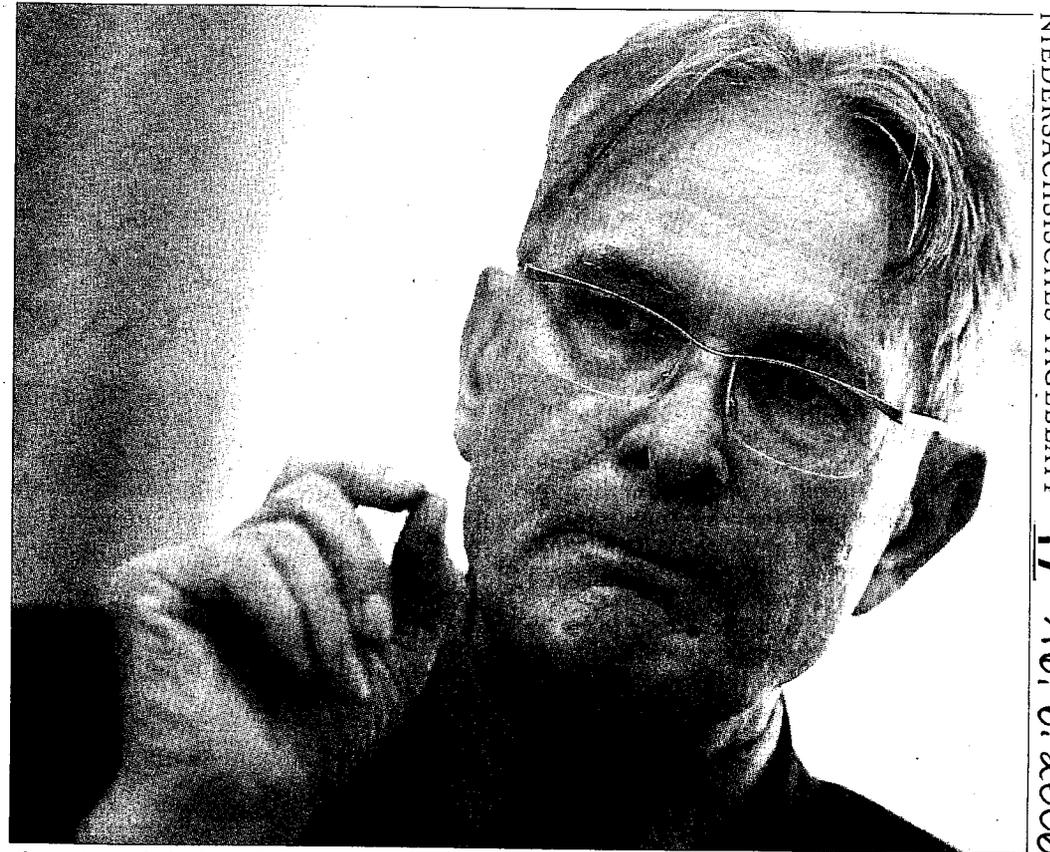
Hugenotten oder polnischer Bergarbeiter ziehen?

**Bade:** Die Grundeinsicht, die man aus diesen Beispielen gewinnen kann, ist die, dass Integration in der Regel dann am besten klappt, wenn zwei Dinge zusammentreffen. Erstens: Die Integrationsbereitschaft der Zuwanderer. Und zweitens: Die Bereitschaft der Mehrheitsgesellschaft zum interkulturellen Lernen, also zur Akzeptanz der Einwanderersituation und damit auch der Zuwanderer. Das schloss und schließt nicht aus, dass es immer wieder zu Reibungen und Konflikten im Alltag kommt. Es gab sie auch bei den Hugenotten, die von vielen einheimischen Gewerbetreibenden mit Skepsis und Argwohn empfangen wurden, weil sie als privilegierte Konkurrenten galten und in großer Zahl kamen. Im späten 18. Jahrhundert war jeder fünfte Berliner ein „Réfugié“.

► Wieso tun sich Deutschlands Regierungen trotz historischer Erfahrungen so schwer damit, die Einwanderung als Fakt anzuerkennen?

**Bade:** Erstens waren diese historischen Erfahrungen lange

Zeit verschüttet. Die historischen Erinnerungen in Sachen Migration, die noch im Bewusstsein der Deutschen präsent waren, konzentrierten sich auf Flüchtlinge und Vertriebene nach dem Zweiten Weltkrieg – also die eigenen Landsleute. Daran, dass vor Kriegsausbruch 1914 mehr als 1,2 Millionen so genannte ausländische Wanderarbeiter in Deutschland lebten, hat sich in den 70er-Jahren kaum jemand erinnert. Zweitens behinderte die von mir so genannte „defensive Erkenntnisverweigerung“ die Akzeptanz der Realitäten. Die Bundesregierungen betrieben ohne jedes auf dauerhafte Gestaltung hin angelegte Konzept die Anwerbung von Arbeitskräften, weil die Vorstellung vorherrschte, die würden irgendwann wieder gehen. Es gab von keiner politischen Seite nachhaltige Integrationskonzepte. Zudem sind in dieser Phase die Ergebnisse der Wissenschaftler, die mit international gültigen Kriterien erarbeitet worden waren, einfach nicht akzeptiert worden. Die Gutachten, die wir damals geschrieben haben und die auf eine entstehende Einwanderungssituation hinweisen, sind einfach senkrecht im Papierkorb versenkt worden. Die Niederländer haben zur selben Zeit – 1979 – Gutachten eingeholt, kamen zum Schluss, Einwanderungsland zu sein und formulierten ihr Konzept einer multikulturellen Gesellschaft. Dass sie damit später an die Wand gefahren sind, steht auf einem anderen Blatt, aber im-



Klaus J. Bade: Die Politik weigerte sich jahrzehntelang, anzuerkennen, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist. Die Aufarbeitung des Versäumten und der Fehler wird teuer. Foto: t&w

merhin haben sie offensiv reagiert. In Deutschland hat man politisch defensiv reagiert mit dem hilflosen Dementi: „Die Bundesrepublik ist kein Einwanderungsland!“

► Kanada hat ein Einwandererministerium, Deutschland ein Bundesamt für Migration und eine Staatsministerin für Integration im Bundeskanzleramt. Reicht das?

**Bade:** Die Berufung einer Staatsministerin für Integration im Kanzleramt ist ein wichtiger Schritt, den wir lange gefordert haben. Etwa im „Manifest der 60“, das ich 1994 herausgegeben habe. In dieser Kampfschrift, die wachrütteln sollte, haben wir sogar ein reguläres Integrationsministerium, sowie umfassende Konzepte für Zuwanderungssteuerung und Integrationspolitik gefordert. Da-

mals wollte niemand etwas davon wissen. Aber als Wissenschaftler und Politikberater muss man einen langen Atem haben.

Institutionell geradezu mustergültig ist die Querschnittsaufgabe der Integration im nordrhein-westfälischen Integrationsministerium beantwortet worden. Das sind Fortschritte, von denen man in den 80er-Jahren nur träumen konnte.

► Aber reicht das?

**Bade:** Nein, das reicht weder auf Länderebene, weil hier nur ein Land adäquat reagiert hat, noch reicht es auf Bundesebene. Denn hier gibt es immer noch ein Splitting im Beauftragtenwesen: einerseits das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Nürnberg, andererseits die Staatsministerin für Integration, die gleichzeitig Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration ist. Zum Dritten haben wir auch noch den Aussiedlerbeauftragten. Diese Aufgaben sollten am besten in einer großen Einheit zusammengeführt werden, um die Effizienz zu steigern.

► Aussiedler- und Asylbewerberzahlen sind auf Tiefstständen. Warum nehmen die Integrationsprobleme trotzdem zu?

**Bade:** Zunächst muss man sagen, dass diese Zahlen aktiv in den Sinkflug gebracht worden sind. Der Aussiedlerzuzug ist unter anderem gedrosselt worden durch die Einführung der obligatorischen Sprachkurse zunächst für die Antragsteller 1996/97, seit dem Zuwanderungsgesetz 2005 auch für mitreisende Familienangehörige nicht-deutscher Herkunft. Ganz bewusst heruntergefahren wurden auch die Asylbewerberzahlen. Es ist außerordentlich schwer geworden, in Deutschland einen Asylantrag zu stellen und als Flüchtling anerkannt zu werden. Das wirkt nach außen; denn stark sinkende Anerkennungszahlen und scharfe Restriktionen sprechen sich rasch herum in der Welt der Flüchtlinge und ihrer professionellen Helfer.

Dass dennoch so viel über das Scheitern von Integration gesprochen wird, liegt zum einen daran, dass die Öffentlich-

keit ein falsches Bild von diesem Prozess hat. Aufmerksamkeit finden in den Medien immer nur die aufsehenerregenden Unfälle in diesem Bereich. Zwangsheiraten und Ehrenmorde werden diskutiert, erfolgreiche Integrationsprozesse aber nicht, weil sie in aller Regel unauffällig sind.

Zum anderen liegt es daran, dass die Politik schon in den 80er-Jahren viel versäumt hat. Das war in Sachen Integration ein verlorenes Jahrzehnt. Bis in die 90er-Jahre wurde die Herkunftsorientierung und damit vermeintlich die Rückkehrbereitschaft der Zuwanderer gefördert. Und heute wundern wir uns, dass das Früchte getragen hat und beschweren uns über angebliche „Parallelgesellschaften“, die in aller Regel nur Herkunftsgemeinschaften sind.

► Drohen deutschen Städten ähnliche Revolten wie es sie in den Pariser Vorstädten gab?

**Bade:** Nein, weder jetzt noch in der mittelfristigen Zukunft. Es gibt in deutschen Städten keine so klaren ethnokulturellen Identitäten wie in Frankreich, wo die Banlieus bereichsweise besonders durch nord- und schwarzafrikanische Migranten vorwiegend muslimischer Glaubensrichtungen geprägt werden. Außerdem fehlt das Moment des Sich-abgeschoben-Fühlens wie in den Banlieus, die in den 60er- und 70er-Jahren wie Betonghettos weit vor die Städte gesetzt wurden. In Deutschland leben Migranten meist in den Innenstädten mit oft gewachsenen „Kiez“-Strukturen. Dazu gibt es einen großen Unterschied in der Demonstrationskultur beider Länder. Die der Franzosen ist sehr viel härter, im Austeilen wie im Einstecken, aber auch im Weggucken. Deshalb wird dort auch

sehr viel mehr akzeptiert als in Deutschland. So waren im Jahr 2005 bereits 30 000 Pkw, unter ihnen 9000 Polizeiwagen, zerstört worden, bevor Ende des Jahres die großen Feuer in den Vorstädten ausbrachen. Wäre das in Deutschland passiert, hätte sich die Debatte um den Einsatz der Bundeswehr im Innern vielleicht unter Notstandsalarm erledigt.

► Gibt es für das Phänomen zweiter und dritter Zuwanderergenerationen, die schlechter integriert sind als die erste, historische Parallelen?

**Bade:** Das gab es bei gestörten Einwanderungsprozessen, in denen nicht akzeptiert wurde, dass die Zuwanderer auf Dauer bleiben würden. Das gab es in Gesellschaften, die einem fortgesetzt starken Zuzug ausgesetzt waren, ohne dass die erste Zuwanderergeneration hinreichend integriert war. Etwas ganz anderes, was aber häufig nur als Störung gesehen wird, sind die Koloniebildungen im Einwanderungsprozess: Man geht zu seinesgleichen und spricht dort auch nicht die Sprache des Aufnahmelandes. Gefährlich für die Integration ist das nur für diejenigen, die zu lange im Schatten der Kolonie bleiben. Dieses Phänomen gab es immer wieder in der amerikanischen Einwanderungsgeschichte. Diese Kolonien haben sich, von Chinatown mal abgesehen, aber alle nach einigen Generationen aufgelöst. Bei den Deutschen in den USA hat es oft drei Generationen gedauert, bis aus Deutschen in Amerika Deutsch-Amerikaner und aus ihnen wiederum Amerikaner deutscher Herkunft geworden waren. Deshalb sollte man von den Türken nicht erwarten, dass sie das in einer Generation schaffen, zumal sie zunächst gar

nicht dazu eingeladen wurden. Deutschland ist auch insofern ein Sonderfall, als eine eindeutige Arbeitswanderung auf Zeit in eine echte Einwanderung übergegangen ist, ohne dass das Aufnahmeland dies gewollt hat und ohne dass dies den Zuwanderern bewusst gewesen wäre. Dabei wurden auf beiden Seiten Fehler gemacht. Deutschland versäumte es, eine attraktive Einwanderkultur zu schaffen.

Zudem schaltete der deutsche Wohlfahrtsstaat den Prozess der Selbstaulesung der Migration ab: Wenn jemand lange genug hier lebt, in der Regel acht Jahre, hat er dieselben sozialen und ökonomischen Rechte wie ein Deutscher. Das ist zum Beispiel in den USA nicht der Fall. Wer dort scheitert, sich wirtschaftlich nicht integrieren kann, muss weiterwandern oder zurückkehren.

► In der globalisierten Welt verbreiten sich islamistische Ideen unter perspektivlosen muslimischen Migranten. Sorgt das Internet für das Entstehen von Parallelgesellschaften?

**Bade:** Nein, die Kriterien für Parallelgesellschaften – geschlossene ethnokulturelle Identität, völliger sozialer und wirtschaftlicher Rückzug in die eigene Gruppe plus Aufbau staatlicher Doppelstrukturen bis hin zu Gerichtsbarkeit und Strafvollzug – werden hier in aller Regel nicht erfüllt. Was es gibt, sind Parallelkulturen, deren Gedeihen auch durch das Internet gefördert wird. Einwanderung kann nur dann ein Erfolgsmodell sein, wenn das kulturelle Toleranzgebot für beide Seiten gilt. Und zwar auf der Basis der Werte des Einwanderungslandes. Es ist eine Fehlinterpretation des Grundgesetzes zu sagen: „Kultur ist Privatsache. Einwanderer kön-

nen sich kulturell verhalten, wie sie wollen.“ Kultur ist nur solange Privatsache, wie die kulturellen Grundwerte des Einwandererlandes akzeptiert werden. Einwanderer müssen sich an diese Grundwerte, die das Grundgesetz vorschreibt, halten – nötigenfalls auch auf Kosten der eigenen kulturellen Lebensformen. Daran führt kein Weg vorbei.

Das Interview führte  
Joachim Zießler

---

## Zur Person

---

„Die Integration ist nicht geeicht, sondern nach wie vor ein Erfolgsmodell. Sonst würden hier die Straßen im Blut schwimmen.“ Die Konzentration auf Fehlschläge der Integration stört Prof. Klaus J. Bade. Der Gründer des Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien der Uni Osnabrück wurde 1944 im Elsaß geboren. Gastprofessuren erhielt er unter anderem in Oxford und Havard. Bade beschäftigt sich nicht nur als Historiker mit Migration, sondern arbeitet auch als Politikberater. So war Bade Mitglied im Zuwanderungsrat. „Der wurde aufgelöst. Wir waren zu kritisch.“ jz